

Gerd Schultze-Rhonhof

1939

Der Krieg, der viele Väter hatte

Gerd Schultze-Rhonhof

1939

Der Krieg, der viele Väter hatte

Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg

12., durchgesehene und erweiterte Auflage



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Mit 17 Abbildungen und 38 Karten

Bildnachweis:

Abbildungen 2–4, 6–8 und 12–15: © ullstein bild - ullstein bild

Abbildung 5: © ullstein bild - Heinrich Hoffmann

Abbildungen 1, 9, 10, 11 und 16–17: Gerd Schultze-Rhonhof

Sämtliche Karten von Gerd Schultze-Rhonhof

ISBN 978-3-95768-283-3

12., durchgesehene und erweiterte Auflage. Februar 2026

11., erweiterte Auflage. November 2019

10., überarbeitete und erweiterte Auflage. September 2018

9., überarbeitete und erweiterte Auflage. September 2015

8., unveränderte Auflage. 2014

7., überarbeitete und erweiterte Auflage. Februar 2012

6., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Oktober 2007

5., verbesserte Auflage. Oktober 2006

4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Juli 2005

3., unveränderte Auflage. Januar 2005

2., durchgesehene Auflage. Oktober 2003

1. Auflage. April 2003

© 2012 by Olzog Verlag GmbH, München

© 2026 by **Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek**

Lau-Verlag & Handel KG

Kirschenweg 10 a

21465 Reinbek

E-Mail: info@lau-verlag.de

www.lau-verlag.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining
im Sinne von § 44b UrhG behalten wir uns explizit vor.

Umschlagentwurf: Atelier Versen, Bad Aibling

Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Druck und Bindung: Finidr, s.r.o.

Printed in Czech Republic



*Dieses Buch ist
meinem verehrten und lieben Vater
Gerhard Schultze-Rhonhof
gewidmet.*

Inhalt

Vorwort	13
--------------------------	----

Teil 1: Die Vorgeschichte

Die Vorgeschichte	23
Kriegsgründe in Europa	24
Die britisch-deutsche Rivalität	25
Englands Vertragspolitik	27
Das Flottenwettrüsten	29
Englands Alternative	37
Englands Feindbild	41
Die Marokkokrisen	48
Die Bagdadbahn	51
Die deutsche Sicht von England	54
Französisch-deutsche Auseinandersetzungen	55
Elsaß-Lothringen	55
Die Rivalität in den Kolonien	57
Der Streit um Kolonien	59
Rußlands Verhältnis zu Deutschland	61
Die belgische Neutralität	63
Die Bedeutung	63
Der englische Bluff mit der belgischen Neutralität	67
Deutschland als „enfant terrible“	72
Das Gewirr von gegensätzlichen Interessen	73
Der Zündfunke von Sarajewo	76
Die Kettenreaktion vom Juli 1914	77
Die Kriegsschuld 1914	86
Der Erste Weltkrieg	89
Die Hypothek der Propaganda	96
Der Versailler Vertrag und die Ächtung Deutschlands	101
Die ersten Folgen von Versailles	115
Die subjektive Sicht der Völker	119
Brandgeruch in Europa	123

Teil 2: Die Jahre der Anschlüsse

Die Jahre der Anschlüsse	129
Die Volksabstimmung an der Saar	130
Die deutsche Wehrhoheit im Rheinland	133
Der Locarno Vertrag	133
Die Verletzung des Locarno Vertrags	135
Risiko für Deutschlands Sicherheit	136
Rückkehr der Wehrmacht ins Rheinland	137
Hitlers 19-Punkte Friedensplan	140
Die britischen und französischen Gegenvorstellungen	141
Der Anschluß Österreichs	142
Die Vorgeschichte	143
Die deutsch-österreichische Wiederannäherung	146
Das Nachkriegsösterreich	150
Dr. Schuschniggs „Volksabstimmung“	159
Die Wiedervereinigung	161
Stresa, Abessinien und die Achse Rom–Berlin	173
Amerika im Hintergrund	179
Der Anschluß der Sudetengebiete und die Unterwerfung der Tschechei	185
Die historischen Wurzeln der Tschechoslowakei	186
Die Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat	190
Die Sudetendeutschen	191
Das Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen	196
Die deutsche Einmischung in die tschechische Sudetenkrise	198
Die tschechoslowakische Eskalation	203
Englands und Frankreichs Einmischung	209
Chamberlains erster Vermittlungsversuch und Beneš' Vorschlag zur Aussiedlung der Sudetendeutschen	211
Roosevelts Rettungsversuch	215
Das Einlenken der Tschechen	216
Das Treffen in Bad Godesberg vom 22. bis 24. September 1938	217
Beneš' „Sowjet-Plan“	219
Die Münchener Konferenz vom 29. bis 30. September 1938	222
Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938	233
Die „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938	236
Der Irrtum mit der „freien Hand im Osten“	239
Der Zerfall der Tschechoslowakei	242
Die Tschechei wird zum Protektorat	248
Die Garantie, die es nie gab	253
Der Anlaß zum Zweiten Weltkrieg	256

Die Rückgabe Memels	268
Die noch immer offene koloniale Frage	281
Wirtschaftliche Kriegsgründe 1918 bis 1939	289
Die Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg	289
Die goldenen Zwanziger Jahre	291
Die Weltwirtschaftskrise	291
Beggar-my-neighbour-policy	292
Die Wirtschaft im Dritten Reich	293
Hitlers Lebensraum-Vorstellungen	295
Roosevelts Forderung nach weltweitem Freihandel	299

Teil 3: Die Wiederaufrüstung zwischen 1918 und 1939

Die Wiederaufrüstung zwischen 1918 und 1939	305
Das Abrüstungsgebot von Versailles	305
Die internationale Aufrüstung nach dem Ersten Weltkrieg	306
Flottenrüstung	306
Luftrüstung	309
Rüstung der Landstreitkräfte	311
Die Genfer Abrüstungsverhandlungen bis 1933	314
Die geheimen Verteidigungsvorbereitungen der Reichswehr bis 1933	318
Die geheimen Verteidigungsvorbereitungen im Reichsheer	320
Die geheimen Verteidigungsvorbereitungen der Reichsmarine	322
Die geheimen Vorbereitungen zur Aufstellung einer Luftwaffe	323
Geheime Vorbereitungen im allgemeinen Wehrwesen	324
Hitler und die Genfer Abrüstungsverhandlungen bis 1934	326
Der Rüstungswettlauf ab 1933	330
Die Marinerüstung 1933 bis 1939	331
Die Luftwaffenrüstung 1933 bis 1939	343
Die Heeresrüstung 1933 bis 1939	355
Schuld und Mitschuld	365

Teil 4: Hitlers Kriegsankündigungen bis 1939

Hitlers Kriegsankündigungen bis 1939	373
Der trügerische Schlüssel zu Hitlers „Langzeitplan“	373
Hitlers Buch „Mein Kampf“	374
Der Offenbarungswert der Hitler-Reden	376
Hitlers Friedensbeteuerungen	379

Die überhörten Warnsignale und Hitlers Antrittsrede vor Generalen am 3. Februar 1933	386
Die geheimen Hitler-Reden und die Schlüsseldokumente	389
Hitlers Rede vom 5. November 1937 und das Hoßbach-Protokoll	390
Hitlers neuer Ton dem Ausland gegenüber	398
Hitlers Vortrag vor den Kommandeuren am 10. Februar 1939	405
Hitlers Rede vom 23. Mai 1939 und das Schmuntt-Protokoll	406
Hitlers Rede vom 22. August 1939 und die sieben Protokolle	412
Mitwisserschaft und Mitschuld des deutschen Volkes	423

Teil 5: Der Weg in den deutsch-polnisch-sowjetischen Krieg

Der Weg in den deutsch-polnisch-sowjetischen Krieg	429
Polen im Streit mit allen seinen Nachbarn	429
Das polnische Selbstverständnis	432
Polnisch-sowjetische Auseinandersetzungen	434
Polnisch-litauische Auseinandersetzungen	438
Polnisch-tschechische Auseinandersetzungen	439
Polnisch-deutsche Auseinandersetzungen	443
<i>Provinz Posen</i>	444
<i>Provinz Westpreußen-Pomerellen</i>	446
<i>Danzig</i>	451
<i>Ost-Oberschlesien</i>	456
Polen als Vielvölkerstaat	464
<i>Katholisierung</i>	467
<i>Weißrussen</i>	468
<i>Ukrainer</i>	468
<i>Juden</i>	469
<i>Kaschuben</i>	472
<i>Deutsche</i>	472
Deutschlands grundsätzliche Haltung gegenüber Polen	474
Polens militärische Gedankenspiele	476
Polens Bündnispolitik	486
Das Verhältnis Polen – Frankreich	487
Das Verhältnis Polen – Großbritannien	488
Das Verhältnis Polen – Sowjetunion	491
Das Verhältnis Polen – Tschechoslowakei	492
Das Verhältnis Polen – Deutsches Reich	494
Polen und der Kellogg-Pakt	514
Die Bilanz	515

Hitlers Polen-Pläne	516
Die Rolle des Völkerbunds im Streit um Danzig	530
Roosevelts Rolle im Streit um Danzig	535
Das Verhältnis der Sowjetunion zu Deutschland	540
Polens Rückversicherung bei Frankreich kurz vor Kriegsbeginn	541
Polens Rückversicherung bei England kurz vor Kriegsbeginn	544
Die gescheiterte britisch-französisch-sowjetische Annäherung	556
Die gescheiterte deutsch-britische Verständigung	562
Die deutsch-sowjetische Verständigung	565
Der Vermittlungsversuch des Vatikans	573
Die Zuspitzung der Lage in Danzig und in Polen	576
Die öffentliche Meinung im Deutschen Reich zu Danzig, Krieg und Polen	584
Polens Selbsteinschätzung am Vorabend des Krieges	587
Die letzten Vermittlungsvorschläge	591
Die letzte Woche vor dem Krieg	593
Mittwoch, der 23. August 1939	594
Donnerstag, der 24. August 1939	598
Freitag, der 25. August 1939	602
Sonnabend, der 26. August 1939	610
Sonntag, der 27. August 1939	613
Montag, der 28. August 1939	616
Dienstag, der 29. August 1939	619
Mittwoch, der 30. August 1939	625
Der letzte Tag vor Kriegsausbruch, Donnerstag, der 31. August 1939	633
Der Kriegsausbruch	644
Ohne Kriegserklärung	644
Die Hesse-Friedensmission	645
Der Übergang zum Weltkrieg	648
Polens Untergang	649

Teil 6: Schlußbetrachtung

Schlußbetrachtung	655
Englands Beitrag zum Kriegsausbruch	656
Frankreichs Beitrag zum Kriegsausbruch	664
Polens Beitrag zum Kriegsausbruch	667
Der Beitrag der Sowjetunion zum Kriegsausbruch	671
Der Beitrag der USA zum Kriegsausbruch	673

Deutschlands Beitrag zum Kriegsausbruch	678
Bilanz	680

Nachwort zur 7. Auflage

Die Gegentheorie	688
Der Krieg gegen die Sowjetunion in einem anderen Licht	691
Kein Hitler-„Langzeitplan“	692

Anhang

Quellenverzeichnis	697
Personenverzeichnis	717
Sachregister	727

Vorwort

Zu Beginn möchte ich vier Dinge erwähnen. Das sind die Idee des Buchs, etwas zu den Quellen und zur Gliederung des Buchs sowie zur Einordnung seines Inhalts in das Zeitgeschehen.

Zuerst die Buchidee. Vor ein paar Jahren beschäftigte mich die Frage, welcher Teufel meine Vätergeneration geritten haben mag, als sie nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs einen neuen Krieg vorbereitet und begonnen hat. Ich dachte dabei anfangs nur an die deutschen Väter. Die Ergebnisse der Nürnberger Prozesse ließen das ja auch zunächst vermuten. Auf der Spurensuche stieß ich allerdings auf vieles, das mir so bis dato nicht bekannt gewesen war. Das war vor allem der Kontext des damaligen Weltgeschehens. Die übliche deutsche Geschichtsschreibung, vom gängigen Schulgeschichtsbuch bis zu den Standardwerken des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, blendet diesen Kontext – aus welchem Grund auch immer – fast zur Gänze aus. So las ich auf der Spurensuche erstmals in ausländischer Literatur, in welchem Umfeld es zum Zweiten Weltkrieg kam. Die Vorgeschichte dieses Krieges gleicht einem Kriminalroman; zu meiner Überraschung einem Krimi mit nicht nur einem, sondern vielen Tätern.

Meine zweite Vorbemerkung gilt der Literatur- und Quellenlage. Je nach Auswahl von Literatur und Quellen entstehen recht unterschiedliche Bilder der Geschichte. Die in Deutschland verbreitetste Geschichtsschreibung konzentriert sich auf die deutsche Vergangenheit und wählt danach die Quellen aus. Doch diese Konzentration verengt den Blick zu einer Tunnelperspektive, und sie läuft Gefahr, die internationalen Gebräuche und Strömungen der beschriebenen Epochen auszublenden. Sie zerstört die Zusammenhänge, in denen die Vergangenheit der Deutschen stattgefunden hat. Das gilt in besonderem Maße für die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs.

Zudem trifft die hierzulande übliche Geschichtsschreibung aus offensichtlich politisch-erzieherischen Gründen fast immer eine Quellenauswahl mit Negativ-Beispielen deutscher Vergangenheitsereignisse. Sie konzentriert sich auf die Überlieferung der Fehlleistungen, Irrtümer und Verbrechen des deutschen Volks im 20. Jahrhundert. Die Beispiele von Normalität, von Menschlichkeit und von positiven Leistungen bleiben fast immer ausgeblendet. Damit verbreiten sich ein verzerrtes Bild der eigenen Geschichte und ein neurotisches Verhältnis der Deutschen zu sich selbst.

Auch ausländische Literatur ist kein Quell der absoluten Wahrheit. Engländer, Franzosen, Amerikaner und Sowjets neigen, wie andere Nationen, zur Selbstdarstellung und zur Rechtfertigung des eigenen Handelns. Trotzdem waren sie für mich bei meiner Arbeit gute Fährtenleger. Das Problem, vor dem ich bei der Spurensuche stand, war, daß die meisten Quellen eine Absicht transportieren. Da sind die Zeitzeugen, deren Berichte vor 1939 anderes melden als ihre Memoiren nach 1945. Da sind die offiziellen Dokumentenbände, die „heiße Ware“ unterschlagen, zum Beispiel die „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ (ADAP), die ich zunächst für authentisch hielt, weil sie in den 50er Jahren als die amtliche Dokumentation des Auswärtigen Amtes in Bonn veröffentlicht worden sind. Erst später fiel mir auf, daß diese Nachkriegsausgabe der Akten des deutschen Auswärtigen Amtes von amerikanischen, englischen und französischen Wissenschaftlern und Archivaren herausgegeben worden ist. Es darf nicht wundern, daß die Akten dabei zu Gunsten der Sieger ausgewählt und auch „gewaschen“ worden sind. Da sind auch die vielen Memoiren und Dokumente, in denen ich Auslassungen, Überarbeitungen, Fälschungen und pro-domo-Interpretationen fand.

Als dritte Vorbemerkung möchte ich etwas zur Gliederung des Buches sagen. Bei dem Bemühen, Zusammenhänge aufzuzeigen, habe ich vieles nicht nach seinen Zeitabläufen sondern nach den Querbezügen dargestellt, z. B. nacheinander den Umgang der Polen mit den Russen, mit den Briten, mit den Deutschen usw. Da viele der verschiedenen Querbezüge und Zusammenhänge in denselben Zeitabschnitten stattgefunden haben und dieselben geschichtlichen Ereignisse berühren, sind zahlreiche Wiederholungen im Text nicht zu vermeiden. Das mag den einen Leser stören, dem anderen ist es vielleicht eine willkommene Gedächtnisstütze bei der großen Zahl beschriebener Ereignisse.

Die letzte Vorbemerkung gilt der Einordnung des Themas in das Zeitgeschehen. Unser deutsches Geschichtsbewußtsein, soweit es die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft betrifft, ist von der grauenhaften Seite des damaligen Regimes geprägt. Wir können kaum über diese Zeit berichten, ohne an den Untergang der Rechtsstaatlichkeit im Lande und ohne an die grausame Ermordung von Juden und Angehörigen anderer Minderheiten zu denken. Die Erinnerung an die Verbrechen im Auftrag der damals eigenen Regierung legen sich wie ein düsterer Schatten auf die betrachtete Epoche. Der Nationalsozialismus als Leitidee des damaligen Regimes und der Untergang des Parlamentarismus nach 1933 haben sicherlich Voraussetzungen geschaffen, die es Hitler erleichtert haben, 1939 einen Krieg gegen Polen zu eröffnen. Doch beides hat den Zweiten Weltkrieg nicht verursacht. Von der Verfolgung der Juden im damaligen Deutschland ist Ähnliches zu sagen. Sie hat zwar das Engagement Amerikas gegen das nationalsozialistische Deutschland gestärkt, aber sie hat den Zweiten Weltkrieg nicht verursacht. So sind der Unrechtsstaat und selbst der spätere Mord an Minderheiten nicht Ursache und Anlaß für den Krieg gewesen. Sie sind deshalb auch nicht

der Untersuchungsgegenstand des Buchs und nicht sein Thema. Ich will vielmehr versuchen zu beschreiben, was 1939 zum zweiten Streit der Völker innerhalb von 25 Jahren führte.

Bei streitenden Parteien liegt es nahe, sie alle miteinander zu betrachten. Vieles in unserer deutschen Geschichte zwischen 1919 und 1939 ist ohne Kenntnis des zeitgleichen Geschehens in anderen Ländern nicht zu verstehen, zu eng greifen oft Wirkung und Wechselwirkung ineinander. Doch es ist nicht allein die zeitgleiche Geschichte unserer Nachbarvölker, die den Kriegsbeginn beeinflusst hat, es ist auch – und das nicht unerheblich – die gemeinsame Vorgeschichte der streitenden Parteien. Der israelische Botschafter in Bonn, Asher ben Nathan, hat einmal in einem Interview in der Fernsehsendung DIE WOCHE IN BONN auf die Frage, wer 1967 den 6-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe, geantwortet: „Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.“ So hat fast jede Geschichte ihre Vorgeschichte. Der Kriegsbeginn von 1939 ist ohne die Person des Diktators Hitler nicht zu begreifen. Hitler und die Bereitschaft der Deutschen, ihm in den Krieg zu folgen, sind ohne den Vertrag von Versailles unverständlich. Die allgemeine Empörung des deutschen Volkes über Versailles ist ohne die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht zu verstehen. Und auch diese Vorgeschichte kann man nur begreifen, wenn man das Konkurrenzgebaren der großen Staaten im Europa des 19. Jahrhunderts kennt. Das Buch wird deshalb einen langen Anlauf nehmen müssen.

Gerd Schultze-Rhonhof, Januar 2003

Vorwort zur 9. Auflage

Nach mehreren Zehntausend verkauften Exemplaren und dem Erscheinen einer englischen Übersetzung des Buchs halte ich es für angebracht, die 9. Auflage mit einem neuen Vorwort einzuleiten. Im Vorwort zur 1. Auflage habe ich meine Motive dargelegt, dies Buch zu schreiben. Nun möchte ich ergänzend mit ein paar Gedanken zu dem ungleichen Paar „Wahrheit und Geschichtsschreibung“ beginnen.

Die Zustimmung, die mich ein paar Hundert Leser mit ihren Briefen haben wissen lassen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Inhalt des Buchs der Mehrheit aller Deutschen und Österreicher nicht gefällt. Er widerspricht zu sehr dem, was sie über die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „wissen“, und er verträgt sich schlecht mit ihrem politischen Bewußtsein. Doch auch zwei Jahrhunderte lang „wußten“ die Gebildeten Europas noch immer, daß sich die Sonne um die Erde dreht, nachdem Nikolaus Kopernikus längst das Gegenteil bewiesen hatte. Auch damals spiegelte das „Wissen“ vor allem ein politisches Bewußtsein beziehungsweise eine religiöse Weltanschauung wider. Wer das Erde-zentrische Weltbild zu bezweifeln wagte, endete nicht selten auf dem Scheiterhaufen. Heute droht dem Zweifler am politisch verbindlichen „Wissen“ kein Scheiterhaufen mehr, allerdings die politische und gesellschaftliche Ächtung mit unangenehmen Konsequenzen.

Obwohl es zu den Volkswisheiten gehört, daß „die Sieger die Geschichte schreiben“ und daß „zu einem Streit immer mehrere gehören“, haben die deutschsprachigen Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend die Geschichtsdarstellungen und Argumente der Sieger übernommen, bis hin zur Auswahl der beschriebenen Ereignisse und der oft diskriminierenden Wortwahl für den deutschen Anteil am geschichtlichen Geschehen. Und sie haben sich in einer sehr vereinfachenden Form auf „Hitler und die Nazis“ konzentriert, statt alle Akteure zu betrachten und zu bewerten, die der Welt das größte Desaster des vorigen Jahrhunderts beschert haben. Das wundert niemanden, der weiß, daß sich die Bundesrepublik Deutschland einmal 1954 im Überleitungsvertrag und ein weiteres Mal 1990 in der Begleitnote zum Zwei-plus-Vier-Vertrag dazu verpflichten mußte, die im Urteil des Nürnberger Prozesses niedergeschriebene Siegeregeschichtsschreibung zukünftig in allen Teilen aufrecht zu erhalten. Im Überleitungsvertrag von 1954, Artikel 7 (1) ist verbindlich festgelegt gewesen, daß „alle Urteile“ aus den Nürnberger Prozessen „in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam bleiben und von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln sind.“ Zum Urteilstext des Nürnberger Hauptprozesses von

1946 gehört als integraler Teil eine genau 200 Seiten lange Darstellung der deutschen Vorkriegs- und Kriegsgeschichte aus der Sicht der Sowjets, der Amerikaner, der Briten und Franzosen. Zu den „Behörden“ gehören die Kultusministerien der Länder, die die Inhalte der Schulgeschichtsbücher zu prüfen und zuzulassen haben, und die Bundes- und Landesämter und -institute, die sich der Zeitgeschichte widmen. So darf nicht wundern, daß sich die meisten Schulgeschichtsbücher und auffallend viele der Publikationen der Ämter und der Institute damals und noch heute streng an die „deutsche Geschichte“ halten, die uns die Sieger in Nürnberg 1946 aufgenötigt haben. In Abwandlung eines klassischen Clausewitz-Zitats kann man hier sagen: „Die Geschichtsschreibung ist die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln.“

Nun könnte man meinen, daß der Überleitungsvertrag und das Jahr 1954 selbst schon Geschichte sind. Doch 1990 wurde die Bindekraft der Urteile des Nürnberger Prozesses per Vertrag verlängert. Als der Überleitungsvertrag durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag abgelöst wurde, bestanden die Siegermächte darauf, daß der besagte Artikel 7 (1) des Vertrags von 1954 weiterhin Bestand hat. In der „Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zum Deutschlandvertrag und zum Überleitungsvertrag“, die den Zwei-plus-Vier-Vertrag begleitet hat, wurde das von deutscher Seite schriftlich zugesichert. So weiß man als heutiger Leser nicht, wo Historiker und Autoren aus der frühen Bundesrepublik vertragstreue die Siegerlesart der Geschichte zu Papier gebracht und nachfolgenden Historikern und Autoren als irreführendes Erbe hinterlassen haben.

Angesichts einer so facettenreichen Literatur- und Quellenlage sollte es den Leser dieses Buches nicht erstaunen, daß das Bild der Zeit zwischen beiden großen Kriegen, das sich mir erschlossen hat, zum Teil von dem abweicht, was heute in Deutschland „allgemeines Wissen“ ist.

Die Kernaussage meines Buches lautet, daß Deutschland, unter Führung von Adolf Hitler, den Zweiten Weltkrieg ausgelöst, jedoch nicht allein verursacht hat. Mit verursacht haben ihn acht ausländische Regierungen und ein paar Hundert Politiker, Presse- und Geheimdienstleute, Wirtschaftsführer, Beamte und andere Akteure in Europa, Amerika und Asien. Sofort nach Kriegsende, schon vor dem Nürnberger Prozeß, einigten sich die vier Siegermächte bezeichnender Weise darauf, die Frage nach der Schuld der Mitverursacher im Prozeß nicht zuzulassen. Damit wurde hier schon durch gezielte Auswahl der verhandelten Vorkriegsereignisse ausgeblendet, was die Sieger belastete. So wurde die Schuld am Zweiten Weltkrieg zuerst von den Sowjets, Amerikanern, Briten und Franzosen und den hierzu gezwungenen deutschen Berichterstattern alleine Deutschland zugesprochen. Dieser Schuldspruch wurde später von der Historikerbranche Deutschlands und Österreichs gefügig übernommen und tradiert. Der schweizer Historiker Sacha Zala schrieb dazu, nach dem Ersten Weltkrieg hätten sich die deutschen Historiker sofort daran begeben, die Ursachen des Kriegs zu untersuchen. Nach dem Zwei-

ten Weltkrieg sei dies unterblieben. Ausländische und deutschsprachige Historiker hätten sich sofort und ohne weitere Recherchen darauf festgelegt, daß die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg Deutschland und Adolf Hitler zufällt. Eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Kriegsschuldfrage habe es deshalb nicht gegeben.¹

Ohne dem Inhalt des Buchs vorzugreifen, seien vier Zitate aus seinem Text herausgegriffen, die einem kritischen Verstande sofort Zweifel an der Alleinschuld-These kommen lassen:

- Der italienische Ministerpräsident Francesco Nitti 1923:
„Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines ... besiegtten großen Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Vertrag von Versailles.“²

- Der englische Abgeordnete Winston Churchill 1932, also noch vor Hitlers Regierungsübernahme:
„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas für den Frieden zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“³

- Der englische Botschafter in Berlin Nevile Henderson 1939 im Rückblick auf die Politik der Sieger seit 1920:
„Die Nachkriegserfahrung hatte Nazi-Deutschland unglücklicherweise gelehrt, daß man ohne Gewalt oder Androhung von Gewalt nichts erreichen konnte.“⁴

- Der russische Historiker Sergejew Kowaljow 2009:
„Wer die Geschichte des Zweiten Weltkriegs unvoreingenommen erforscht hat, weiß, daß dieser infolge der Weigerung Polens begonnen hat, den deutschen Forderungen stattzugeben. Weniger bekannt ist freilich, daß die Forderungen Deutschlands höchst gemäßigt waren. ... Die Forderungen kann man schwerlich als unbegründet bezeichnen.“⁵

Diese vier Zitate verweisen nur auf eine der zahlreichen Spuren zum Zweiten Weltkrieg, auf den „Vertrag“ von Versailles. Weitere Spuren, die zur Kriegs-

1 Zala, S. 37

2 Nitti, S. 14

3 Churchills Rede vor dem Unterhaus am 24. November 1932

4 Henderson, S. 197

5 Russische Zeitung VSGLJAD vom 4. Juni 2009

eröffnung führen, entspringen Deutschlands Wiederaufstieg und Hitlers Versuch, Deutschland als Hegemonialmacht in Mittel- und Südosteuropa zu etablieren, Präsident Roosevelts Weltmachtstreben für die USA, Stalins Zielen der Weltrevolution und der Rückgewinnung der polnischen Eroberungen von 1920–21, Englands selbstherrlichem Anspruch, die Machtverteilung auf dem europäischen Festland durch Kriege selbst zu entscheiden, Frankreichs Willen, die deutschen Land- und Bevölkerungsverluste von 1918–21 zu verewigen, Polens Expansionsdrang seit 1918 und der Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei sowie Italiens und Japans Kolonialismus.

Die Fähigkeit und die Bereitschaft, allen diesen Spuren nachzugehen und sie zu untersuchen, sind bei der Mehrheit der deutschen und österreichischen Historiker von jeher nicht vorhanden oder durch politische Tabus blockiert. Als Leitgedanke dazu passen das Machtwort des Herrn Bundespräsidenten a. D. Dr. Köhler: „Die Geschichte wird nicht umgeschrieben“⁶, und der fast sinngleiche Ausspruch der Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel: „Es wird keine Umdeutung der Geschichte durch Deutschland geben“⁷, womit die hohe Politik bekundet, wo sie die Grenzen der wissenschaftlichen Freiheit der deutschsprachigen Historiker gezogen haben will.

Daß sich der Streit der Völker oft an deren unterschiedlichen Sichtweisen entzündet, gehört mit zu den Realitäten der Geschichte. Wenn ein Pole 1939 seinen Territorialanspruch historisch begründet und ein Deutscher oder Russe nach der Volkszugehörigkeit der landesansässigen Bevölkerungen, dann ist das ein Faktum, das den einen oder den anderen Anspruch moralisch weder hebt noch senkt. Das muß auch so beschrieben werden dürfen. Es ist jedoch im Vergleich zu den Historikern in aller Welt geradezu einmalig, daß sich die Mehrheit der deutschen Historiker in ihren eigenen Bewertungen der Schuld am Kriege fast ausschließlich der polnischen, tschechischen, sowjetischen, englischen, amerikanischen und französischen Argumente und Sichtweisen befleißigt. Ich werde diese deutsche Besonderheit vermeiden.

Mein Anliegen ist es, die Geschichte zu beschreiben, „wie sie gewesen ist“⁸ und dabei die Sicht der damals Lebenden nicht auszublenden. Ich will die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs mit allen ihren Akteuren – und nicht nur den deutschen – losgelöst von den heute herrschenden Tabus berichten. Dieses Buch soll dazu helfen, die Ereignisse der Vergangenheit zu durchschauen, nicht sie politisch oder pädagogisch zu „bewältigen“.

Gerd Schultze-Rhonhof, Mai 2015

6 Herr Dr. Horst Köhler: Rede aus Anlaß seines Staatsbesuchs in Warschau am 15. Juli 2004

7 Frau Dr. Angela Merkel: Rede an der Universität Warschau am 16. März 2007

8 Maxime des Historikers Leopold von Ranke

Teil 1

Die Vorgeschichte

Die Vorgeschichte

Kriegsgründe in Europa

Die britisch-deutsche Rivalität

Englands Vertragspolitik

Das Flottenwettrüsten

Englands Alternative

Englands Feindbild

Die Marokkokrisen

Die Bagdadbahn

Die deutsche Sicht von England

Französisch-deutsche Auseinandersetzungen

Elsaß-Lothringen

Die Rivalität in den Kolonien

Der Streit um Kolonien

Rußlands Verhältnis zu Deutschland

Die belgische Neutralität

Die Bedeutung

Der englische Bluff mit der belgischen Neutralität

Deutschland als „enfant terrible“

Das Gewirr von gegensätzlichen Interessen

Der Zündfunke von Sarajewo

Die Kettenreaktion vom Juli 1914

Die Kriegsschuld 1914

Der Erste Weltkrieg

Die Hypothek der Propaganda

Der Versailler Vertrag und die Ächtung Deutschlands

Die ersten Folgen von Versailles

Die subjektive Sicht der Völker

Brandgeruch in Europa

Die Vorgeschichte

Den Zweiten Weltkrieg kann man nicht vom Ergebnis her begreifen, sondern nur von seiner Vorgeschichte. Die wird gemeinhin auf die Verträge von Versailles, Saint-Germain und Trianon zurückgeführt. Doch daß die Verträge die Eltern eines zweiten Weltkriegs werden konnten, versteht nur, wer wieder ihre Vorgeschichte kennt. Diese drei Verträge, die dem Ersten Weltkrieg folgen, sind den besiegten Staaten aufgezwungen worden und sie sind ungewöhnlich hart. In den Verträgen lasten die Sieger den besiegten Deutschen, Österreichern und Ungarn die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg an. Die Alleinschuld ist dann die „Legitimation“, mit der sich die Siegermächte 1919 Teile der Territorien, der Bevölkerungen und des Volksvermögens der Besiegten nehmen, und mit der sie ihnen Reparationen in irrealen Höhen auferlegen. Die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel hat die Reste dieser Reparationen für den Ersten Weltkrieg vertragsgemäß noch bis zum Jahr 2010 bezahlen müssen.¹

In der deutschen und österreichischen Bevölkerung führt der Vorwurf der Alleinschuld 1919 zu Empörung, weil sich die Menschen in den beiden Ländern noch zu gut an die politischen Ereignisse der letzten Vorkriegsjahre und die Rolle der Siegerstaaten kurz vor Kriegsbeginn erinnern. Dieses Wissen läßt sich auch nicht durch die erzwungenen Unterschriften unter die Verträge löschen. Dazu kommt, daß profunde Geschichtskennntnisse damals zum Gemeingut des Bildungsbürgertums gehören, und daß die Eliten in Deutschland, Österreich und Ungarn die Geschehnisse von 1914 und davor deshalb in größeren geschichtlichen Zusammenhängen sehen und bewerten. Wer die Reaktionen auf Versailles und Saint-Germain in Deutschland und in Österreich verstehen will, und wer versucht, die Geschichte der Völker Europas vor 1939 zu begreifen, muß sich die Ereignisse und Zusammenhänge aus der Zeit vor 1914 ins Gedächtnis rufen. Das Wissen der Deutschen von 1939 ist der Schlüssel zu ihren Motiven im Jahre 1939.

Der Weg zur Aussöhnung der zerstrittenen Völker nach dem Ersten Weltkrieg ist durch die Weigerung der Sieger zugeschlüsselt, die eigene Mitschuld am vergangenen Kriege einzuräumen. So zementieren die drei Verträge eher die Feindschaft in Europa, als daß sie Brücken für die Zukunft bauen. Die Sieger von 1918 liefern damit Adolf Hitler sein erstes großes, populäres Thema: „das Sprengen der Fesseln von Versailles“.

¹ BM Finanzen 27. November 1996 und BM Finanzen 8. Juli 2004

Kriegsgründe in Europa

Das Geschichtsbild der betroffenen Generation in Österreich und in Deutschland reicht weit in die Vergangenheit zurück. Der Erste Weltkrieg ist nach ihrem Wissen kein Einzel- oder Sonderfall in der Geschichte. Wiederholt in der Vergangenheit haben sich aufstrebende Völker und Staaten ihren Platz neben vorherrschenden Völkern und Staaten erarbeitet und erkämpft, indem sie einen Anteil der auf dieser Erde verfügbaren Bodenschätze, Handelsströme und anderen Wohlstandsquellen für sich beansprucht und errungen haben, und indem sie es gewagt haben, Konkurrenz zu sein. Der Auf- und Abstieg von Nationen ist für die Generation der Europäer um 1900 Teil der Weltgeschichte und keine Frage der Moral. So können auch die Deutschen zu dieser Zeit nichts Verwerfliches im Aufstieg ihres eigenen Landes sehen. Das Phänomen des Auf- und Abstiegs in der Neuzeit ist für sie so etwas wie ein geschichtliches Naturgesetz. In England ist die Sicht der Dinge im übrigen die gleiche.²

Portugals Welt- und Kolonialreich zum Beispiel wird im Jahre 1580 mit Spanien in Personalunion verbunden, das Portugal damit als erste Macht Europas ablöst. Schon 1577 beginnt England, Spaniens Handelswege anzugreifen. 1588 verliert Spanien seine just erkämpfte Vormachtrolle im Seekrieg gegen England durch den Untergang der Flotte. Nun steigt England auf und übernimmt als Großbritannien für dreieinhalb Jahrhunderte die Vormachtstellung auf dem Globus. Als die Niederlande als See- und Handelsmacht erstarken, weist England diese Konkurrenz mit drei vom Zaun gebrochenen Seekriegen zwischen 1652 und 1674 in die Schranken. Danach wird Großbritannien nur noch einmal ernsthaft herausgefordert, als Frankreich unter Napoleon I. den Versuch wagt, England als erste Seemacht abzulösen. Großbritannien wacht konsequent darüber, daß keine Macht auf dem nahen Kontinent und im Umfeld der eigenen Kolonien so weit erstarkt, daß sie zum Rivalen werden könnte. Das Mittel dazu ist, bei Auseinandersetzungen Dritter auf dem Festland stets zugunsten der schwächeren Staaten einzugreifen und gegen den „Aufsteiger“ Krieg zu führen. Diese Politik der „balance of power“³ sichert den Bestand des britischen Imperiums bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Im 18. und 19. Jahrhundert führt Großbritannien daneben noch eine Reihe weiterer Kriege, um anderen Staaten ihre Kolonien abzunehmen, um eigene Kolonien vor dem Unabhängigkeitsbestreben der dort Lebenden zu schützen oder um den Macht- und Gebietszuwachs der Konkurrenten zu vereiteln.

In Kenntnis dieser Epoche der Geschichte hält der normale deutsche Bürger vor dem Ersten Weltkrieg die Vormachtstellung Großbritanniens für eine Reali-

² Messerschmidt, S. 84

³ Gleichgewicht der Kräfte

tät von unbestimmter Dauer. Doch er sieht darin kein moralisches oder naturgegebenes Recht der Briten, über den Weg und die Geschicke der anderen Völker Europas zu bestimmen.

Die britisch-deutsche Rivalität

Eine der Ursachen für den Ausbruch der zwei Weltkriege von 1914 und 1939 liegt in Deutschlands Wirtschaftsaufstieg nach 1871. Doch das allein hätte nicht notwendigerweise zum Ersten Weltkrieg führen müssen, der den Zweiten nach sich zieht. Es kommt hinzu, daß Deutschlands Politiker vor 1914 zwei verhängnisvolle Fehler machen. Sie unterlassen es, den Deutsch-Russischen Rückversicherungsvertrag zu verlängern, und sie geben dem Wirtschaftsaufstieg Deutschlands eine maritime Komponente. Beides ruft Großbritannien auf den Plan.

Mit der deutschen Einigung von 1871 entsteht ein Wirtschaftsraum von erheblicher Dynamik. Begünstigt durch ein gut entwickeltes Bildungssystem und versehen mit den damals wichtigsten Bodenschätzen Kohle und Eisenerz im eigenen Land steigen Deutschlands Produktivität und Außenhandel in kurzer Zeit in einem für England beängstigenden Maß. Von 1880 bis 1907 zum Beispiel vervierfacht Deutschland seine Steinkohleförderung und schließt damit fast zu England auf. Im selben Zeitraum rücken Deutschlands Hütten bei der Roheisenproduktion auf die erste Stelle in Europa vor. An Stahl erzeugt Deutschland 1907 bereits doppelt so viel, wie man in England produziert. Dementsprechend entwickelt sich auch der Außenhandel Deutschlands. Obwohl London 1887 mit der „Merchandise marks act“ den Versuch macht, deutsche Exporte mit dem Verbraucherwarnhinweis „Made in Germany“ einzudämmen, wächst der deutsche Außenhandel von 1887 bis 1907 um 250 %, während der englische in den gleichen 20 Jahren nur um 80 % steigt. Auch Frankreich wird in diesem Zeitraum wirtschaftlich von Deutschland abgehängt. Damit ist für England die „balance of power“ auf dem Kontinent bedroht.

Dieser Sicht der Dinge wird in England noch die Vermutung aufgesetzt, Deutschland strebe nach der Weltherrschaft. Am 1. Januar 1907 verfaßt ein Spitzenbeamter des englischen Außenministeriums, Mister Eyre Crowe, eine Denkschrift für den König, in der er die Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich und zu Deutschland analysiert. Er leitet den Frankreich-Teil mit einem Rückblick ein. Darin stellt er fest, daß Frankreich erst lernen mußte, „ohne jeden Streit mit seinem mächtigen Nachbarn England auszukommen“ und „Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Loyalität der englischen Regierung zu entwickeln“. Daß dieses nun erfolgt sei, sei vorteilhaft für Frankreich.⁴

4 Brit Doc Origins of War 1898–1914, Volume III, S. 379

Das Deutsche Reich bekommt nicht so gute Noten. Crowe schreibt wiederholte Male, daß Deutschland „bewußt auf eine deutsche Vorherrschaft erst in Europa und dann in der ganzen Welt“ hinarbeite.⁵ Deutschland habe sich seine Kolonien mit List, Täuschungen und Betrügereien angeeignet. Es habe sich seine Kolonialerwerbungen nicht vorher von London billigen lassen. Crowe weist dabei auf „die relative Schwäche der britischen Marine“ während der Zeit der deutschen Kolonialerwerbungen hin, ohne allerdings die Relativität zu nennen. In der Zeit der deutschen Kolonialerwerbungen war die britische Flottenüberlegenheit gegenüber der deutschen Marine von 3,5 zu 1 auf 5 zu 1 gestiegen.⁶ Crowe begründet mit dieser „Schwäche“, daß England in Zukunft noch mehr Schiffe bauen müsse.

Crowe nennt Deutschland schon zu diesem frühen Zeitpunkt, zur Jahreswende 1906 auf 1907, eine Diktatur. Er bezeichnet es als „Naturgesetz, daß sich das Vereinigte Königreich gegen Diktaturen stellt“, ohne allerdings ein Wort zu Englands Diktaturen von Irland bis nach Indien zu verlieren. Er stellt zudem noch „die sehr entgegenkommende Haltung Englands einer völlig einseitigen Aggressivität des Deutschen Reiches“ gegenüber. Deutschland, so fährt Crowe fort, hätte zwei Optionen. Entweder es strebe seine Vorherrschaft unter Rechtsbruch und mit Vorsatz an oder es nutze seine rechtmäßigen Möglichkeiten des Außenhandels, seiner Kultur und ihres Einflusses, um das Gleiche ohne Rechtsbruch zu erreichen. In beiden Fällen werde Deutschland eine so mächtige Flotte bauen, wie es sie sich leisten könne. Sobald dies geschehe, sei „Deutschland eine Gefahr für den Rest der Welt“⁷. Crowe sinniert sogar über deutsche Kolonie-Eroberungen in Südamerika, über ein „deutsches Indien in Kleinasien“ und die Eroberung Istanbuls durch Deutschland und malt damit das Zerrbild seines englischen Verfolgungswahnes weiter aus. So kommt Crowe schon am ersten Tag des Jahres 1907 zu dem Schluß, daß ein bewaffneter Konflikt Großbritanniens mit dem Deutschen Reich „langfristig nicht verhindert werden kann“. Außenminister Grey vermerkt unter dem Ende dieser Denkschrift, sie solle dem Premierminister vorgelegt werden, im Außenministerium zirkulieren und mit ihrem Analyseteil als Richtlinie gelten. Crowe kommt mit seinen Ansichten über Deutschland zu Einfluß und Karriere. 1920 wird er Unterstaatssekretär im Foreign Office⁸.

Deutschlands Wirtschaftsaufstieg und seine Konkurrenz werden in England vor dem Ersten Weltkrieg offensichtlich als Bedrohung angesehen. Als dann auch noch das große Rußland 1905 einen Krieg gegen Japan in Ostasien verliert, ist die letzte Macht, die Deutschland auf dem Kontinent gefährlich werden könnte, angeschlagen. In den Augen der Briten ist die „balance of power“ in Europa damit

5 Brit Doc Origins of War 1898–1914, Volume III, S. 400, 403 und 414

6 Kennedy, S. 230

7 Brit Doc Origins of War 1898–1914, Volume III, S. 417

8 Britisches Außenministerium

zugunsten Deutschlands aufgehoben. So bemühen sich die englischen Regierungen seit 1904, das Deutsche Reich auf dem Feld der Außenpolitik zu isolieren. Und deutsche Ungeschicklichkeiten geben dazu Raum.

Englands Vertragspolitik

England beginnt, sich Frankreich, seinem bis dahin größten Gegenspieler in den Kolonien, zuzuwenden. Beide Länder schließen 1904 eine „Entente cordiale“, mit der sie zunächst nur ihre kolonialen Interessen koordinieren. 1906 vereinbaren die Kriegs- und Außenminister der zwei Staaten Heeres- und Flottenbesprechungen, um mögliche Militäraktionen beider Länder gegen Deutschland für die Zukunft aufeinander abzustimmen.¹⁰ Im selben Jahr beginnt das britische Kriegsministerium auch – wie später noch beschrieben – insgeheim Belgiens Neutralität „zu knacken“ und den belgischen Generalstab in konkrete Abmachungen über einen englischen Kriegsaufmarsch in Belgien und Nordfrankreich einzubeziehen.¹¹ 1911 wird man konkret. Der englische Generalstabschef reist nach Paris und sagt den Franzosen die Unterstützung mit sechs Heeresdivisionen für den Fall eines Kriegs mit Deutschland zu.¹² So legt sich England gegen Deutschland fest, ohne daß von letzterem auch nur die leiseste Drohung mit einem Kriege ausgegangen wäre. Und Frankreich kann ab 1911 mit Englands Hilfe rechnen und im Falle einer Spannung mit Deutschland dementsprechend pokern.

Der erste der erwähnten zwei verhängnisvollen deutschen Fehler ist das Versäumnis, sich wie früher vertraglich gegen Rußland abzusichern. Damit kann England die Entente mit Frankreich im Westen Deutschlands durch einen Bund mit Rußland im Osten Deutschlands ergänzen und das Deutsche Reich so von zwei Seiten in die Zange nehmen. 1890 waren die deutsch-russischen Abkommen von 1873, 1884 und 1887 ausgelaufen. Die deutsche Reichsregierung unterläßt es mit Rücksicht auf den Bündnispartner Österreich, die Rückversicherungsverträge gegenüber Rußland zu erneuern. Im Juli 1905 schließen Kaiser Wilhelm II. und sein russischer „Vetter“ Zar Nikolaj II. bei einem Treffen an der Küste Finnlands zwar noch einmal einen russisch-deutschen Beistandspakt, doch die Regierungschefs in Berlin und Petersburg weigern sich, den Pakt zu unterschreiben.¹³ Sie fürchten, daß ihre Länder durch die neuen Beistandspflichten in die Kriege des jeweils anderen Staates hineingezogen werden könnten. So

9 Ein herzliches Bündnis

10 Brit Doc Origins of War 1898–1914, Volume III, S. 169–187

11 Brit Doc Origins of War 1889–1914, Volume III, S. 187–201

12 Grenfell, S. 12 ff. und Brit Doc Origins of War 1889–1914, Volume III, S. 186

13 Wilhelm II. und die Gemahlin des Zaren sind Vetter und Cousine.

steht Deutschland 1905 ohne eine Sicherung gegenüber dem großen Nachbarn Rußland da.

Die englische Regierung nutzt diese Chance, sich statt der Deutschen selbst Rußland anzunähern. Ab 1906 verhandelt man in Petersburg über die kolonialen Ambitionen beider Seiten. Im August 1907 schließen beide Staaten den Russisch-Englischen-Vertrag, in dem sie ihre „Einflußzonen“ in Afghanistan und Persien markieren. Doch England begnügt sich nicht mit der politischen Entspannung in kolonialen Fragen. Bereits im November 1907 reist General French, der Oberbefehlshaber des englischen Heeres, nach Sankt Petersburg, um dort mit russischen Generalen und Ministern über weit mehr als nur Afghanistan und Persien zu sprechen. Er legt den Russen nahe, ihre Truppen an der Westgrenze gegenüber Deutschland zu verstärken. So zieht Großbritannien auch hier die Fäden gegen Deutschland, das außer Wirtschaftsexpansion zu der Zeit keine anderen, vor allem keine territorialen Ziele hat.

Zu erwähnen ist ebenfalls, daß England zu der Zeit auch die fernen Staaten des Empire militärisch enger an sich bindet. 1907 wird ein eigener Generalstab für das Empire gebildet. „Von 1909 bis 1912 eine komplette Neuordnung der Streitkräfte Neuseelands, Australiens und Südafrikas durchgesetzt, so daß sie im Notfall in die Truppen des Empire eingegliedert werden können.“¹⁴ Rechtzeitig vor dem Ersten Weltkrieg!

Ein weiteres Vertragswerk kommt 1909 zustande: die Londoner Seekriegsrechtserklärung.¹⁵ 1909 treffen sich Regierungsvertreter aller großen Seemächte auf englisches Betreiben in London, um über Regeln für den Seekrieg zu verhandeln. Es geht dabei um die Behandlung der Handelsschifffahrt im Falle eines Krieges. Als Ergebnis wird vereinbart, daß kriegführende Mächte auf den Meeren weder den Handel der neutralen Staaten untereinander noch die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Wirtschaftsgütern für die Zivilbevölkerung der Feindstaaten unterbinden dürfen, wenn diese auf neutralen Schiffen über neutrale Häfen abgewickelt wird. Nur Handelsschiffe mit Bewaffnung, die sich wie Kriegsschiffe verhalten, dürfen fortan ohne Vorwarnung versenkt werden. Deutschland unterzeichnet und ratifiziert die Seekriegsrechtserklärung und erkennt sie zu Beginn des Ersten Weltkriegs noch einmal ausdrücklich an.

Auch die englische Regierung unterzeichnet das Vertragswerk, offensichtlich, weil sie die Versorgung Englands über See in zukünftigen Kriegen sichern will. Jedoch das Oberhaus in London lehnt das Vertragswerk ab und ratifiziert es nicht, offensichtlich, weil England nicht sein traditionelles Kriegsmittel der See- und Wirtschaftsblockade verlieren soll. Damit ist ein Vertrag gescheitert, der dem Ersten Weltkrieg einen anderen Ausgang hätte geben können.

14 Quigley, S. 118

15 Londoner Seekriegsrechtserklärung vom 26.02.1909

Diese Beschreibung der englischen Aktivitäten zur Vorbereitung eines Krieges gegen Deutschland bliebe fehlerhaft, würde man sie der gesamten politischen Elite Englands anlasten. Alle geheimen Militärabsprachen mit Sankt Petersburg, Brüssel und Paris werden vor dem Ober- und dem Unterhaus, den Chefs der britischen Parteien und 13 der 18 Kabinettsmitglieder bis zum Tag der Kriegserklärung an das Deutsche Reich verheimlicht und mehrmals abgestritten. Der Kreis der Eingeweihten bleibt auf König George V., Premierminister Asquith, Kriegsminister Haldane, Marineminister Churchill, Außenminister Grey und Schatzkanzler Lloyd George begrenzt. Das ganze Kabinett wird erst 1911 von den seit 1905 geschlossenen politischen Geheimverträgen informiert und die militärischen Unterstützungszusagen werden bis zum Schluss gelehnet.¹⁶ Selbst unmittelbar vor der Kriegserklärung wird das Unterhaus nur über die Erklärung informiert, nicht aber über die längst abgegebenen Militärversprechen an Frankreich, Russland und an das neutrale Belgien. Die „Demokratie Großbritannien“ eröffnet ihren Krieg gegen Deutschland ohne Unterhausdebatte und ohne eine Abstimmung.¹⁷

Das Flottenwettrüsten

Der zweite – im Ergebnis – verhängnisvolle Fehler, den Deutschland gegenüber Englands Machtanspruch begeht, ist es, den eigenen Aufschwung mit einer maritimen Komponente zu versehen, das heißt, die deutsche Flotte zu verstärken. Bei steigender Bevölkerungszahl und Produktivität nehmen mit dem Außenhandel auch Fischerei und Handelsschifffahrt zu. Ab 1884 erwirbt das Deutsche Reich außerdem die ersten Kolonien. Das Selbstbewußtsein in Wirtschaft, Bevölkerung und Politik wächst, und man glaubt in Deutschland, sich gleichberechtigt neben die etablierten Länder Frankreich und England stellen zu dürfen. Die allgemeine Begeisterung und der Glaube an den Sinn und Nutzen von Welthandel und Weltpolitik sind damals im Deutschen Reich so verbreitet, wie heute die positive Meinung zur Globalisierung von Politik und Wirtschaft. Besonders der noch junge und in dieser Hinsicht unvorsichtige Kaiser Wilhelm II. erhebt Deutschlands ebenbürtige Geltung in der Welt zu seinem politischen Programm. Der Kaiser, Sohn einer englischen Prinzessin und Lieblingsenkel von Königin Victoria in London, ist von allem stark beeindruckt, was er als englische Lebensart und Politik erlebt. Aus diesem Erbteil stammt seine Faszination für Welthandel, Flottenbau und Kolonien.

Kaiser Wilhelm II. läßt ab 1898 eine Flotte bauen, die über die bisher betriebene Küstenverteidigung hinaus die Handels- und Überseeverbindungen bei internationalen Krisen oder im Verteidigungsfall vor Unterbrechungen schützen soll.

¹⁶ Docherty, Seiten 123, 208, 215, 363 und 380

¹⁷ Docherty, S. 374

Deutschland begibt sich damit auf ein Feld, auf dem andere Nationen längst zuhause sind, so daß der Ausbau der eigenen Marine zunächst nicht ungewöhnlich ist. 1898 erläßt der Deutsche Reichstag sein erstes Flottenbaugesetz. England hatte schon 1889 und 1894 neue Flottenbauprogramme eingeleitet, Rußland 1890 und 1895, Frankreich 1891, Japan 1896 und die USA 1897.¹⁸ Kaiser Wilhelm II., der Deutsche Reichstag und die Marineleitung unter Admiral von Tirpitz¹⁹ begehen mit dem Ausbau der bis dahin kleinen deutschen Kriegsmarine 1898 also beileibe nichts, das man neu, kriegstreibend oder unmoralisch nennen könnte. Die deutsche Flotte besteht 1898 – was die großen „Kaliber“ anbelangt – schließlich nur aus neun Schlachtschiffen und Kreuzern erster Klasse. Die britische im Vergleich dazu aus 72.²⁰

1900 bewilligt der Deutsche Reichstag sein zweites Flottenbaugesetz, das den Ausbau der eigenen Marine auf eine Stärke von etwa zwei Dritteln der englischen „Home Fleet“ bis zum Jahre 1920 vorsieht.²¹ Das ruft Großbritannien auf den Plan. Der deutsche Flottenbau ab 1898 verfolgt zunächst das allgemeine Ziel, daß Deutschland im Rennen der modernen Staaten um Märkte und Einfluß in der Welt Schritt halten kann und nicht zurückfällt. Im besonderen aber, vor allem ab 1900, versuchen die Reichsregierung, der Kaiser und die Marineleitung, eine neue Position gegenüber England aufzubauen. Deutschland will damit erstens seine Fischfangflotte vor den rüden Übergriffen der englischen Fischer schützen. Es will zum zweiten seinen Im- und Export über See und damit einen Großteil seiner Wirtschaftsadern von Englands „Gnaden“ lösen. Deutschland will sich zum dritten militärisch gegen Englands Flotte sichern, dabei vor allem gegen deren Seeblockademöglichkeiten. Und die deutsche Politik hofft viertens, mit einer angemessenen Flotte ein interessanter Bündnispartner für Großbritannien zu werden.

Das erste Anliegen bezieht sich auf die Piratenmethoden, mit denen Englands Fischer damals häufig – und das selbst in den deutschen Hoheitsgewässern – die deutschen Fischer auf offener See bedrängen und ihnen durch die Netze fahren. Das zweite Anliegen zielt auf Englands Seemacht, mit der es weltweit Handel dulden, behindern oder unterbinden kann. Das dritte ist eine Reaktion auf Englands Tradition der Seeblockaden, mit denen es in der Vergangenheit in Konfliktfällen sowohl gegnerische als auch neutrale Länder von ihren Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten abgeschnitten hat. Die neue deutsche Flotte soll nun so stark werden, daß sie in Zukunft die sogenannte „enge Blockade“ der deutschen Häfen in der Nordsee sprengen kann. Das vierte Anliegen ist strategisch-politischer

18 MGFA, Marine, S. 222

19 Marineleitung steht hier und in der Folge für Reichsmarineamt, dem von Tirpitz bis 1916 als Staatssekretär vorsteht.

20 MGFA, Marine, S. 181

21 Die Home Fleet ist der Teil der britischen Flotte, der in den Gewässern rund um England operiert.

Natur. Die Reichsregierung, der Kaiser und die Marineleitung glauben, daß England im Fall der Auseinandersetzung mit anderen Seemächten Deutschland mit einer respektablen Flotte als Verbündeten benötigen könnte, und daß man so mit Großbritannien zu einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe kommen könnte. Für den Fall von Spannungen zwischen Großbritannien und Deutschland rechnet man außerdem damit, daß England gegenüber einer genügend starken Seemacht Deutschland lieber Frieden halten und notfalls verhandeln werde, statt die eigene Flotte in einem Seekrieg gegen Deutschland zu riskieren. Die vier Absichten hinter Deutschlands Flottenrüstung vor dem Ersten Weltkrieg sind also defensiv. Sie zielen weder darauf, selbst Kriege loszutreten, noch streben sie nach kolonialen oder anderen Landgewinnen. Die Erde ist auch mittlerweile aufgeteilt.

Der Kaiser, die Reichsregierung und die Marineleitung erreichen mit dem Flottenbau jedoch das Gegenteil von Annäherung an England, von Sicherung der Handelswege und von Sicherheit für Deutschland. Der Stachel in Englands Fleisch sind das rasche deutsche Wirtschaftswachstum und die deutsche Handelskonkurrenz auf dem Festland und in Übersee. Beides läßt sich nicht mit einem Krieg bekämpfen, ohne dabei den Makel der Schuld an einem solchen Krieg zu übernehmen, es sei denn, man spielt die Kriegsschuld Deutschland zu. So wird der deutsche Flottenbau in Englands öffentlicher Meinung zu einem Kriegsgrund aufgebaut und Deutschland unterstellt, nach Weltherrschaft zu streben. In diesem Zusammenhang ist interessant, den Flottenaufbau in beiden Ländern zu vergleichen und dabei den Blick auf die Marinen Rußlands und der USA nicht auszublenken.

Den Flottenbauprogrammen Großbritanniens und des Deutschen Reichs liegen unterschiedliche Philosophien zugrunde. Admiral von Tirpitz und die Marineleitung entwickeln die Vorstellung, daß eine deutsche Kriegsmarine in Stärke von etwa 60 % der englischen Home Fleet der Königsweg zur Lösung der vier gesteckten Ziele ist: Schutz der Nordsee-Fischerei, des eigenen Handels auf den Meeren, Schutz vor Seeblockaden und der Bündnisfähigkeit mit England. Mit einer solchen 60 %-Flotte kann man nach Tirpitz' Überzeugung Englands Sicherheit und Seeherrschaft nicht in Wirklichkeit gefährden. Doch kann man damit, so glaubt von Tirpitz, notfalls Englands Seeblockaden sprengen und in einem Krieg Teile der englischen Flotte in der Nordsee angreifen und versenken, so daß sich Großbritannien in einem solchen Fall statt des Risikos, teure Schiffe zu verlieren, eher mit dem Deutschen Reich verständigen als Kriege führen wolle. Der Risikogedanke gibt der neuen Tirpitz-Flotte ihren Namen „Risiko-Flotte“. Abschreckungsflotte wäre das moderne Wort dafür.

Außerdem, so kalkulieren Admiral von Tirpitz und der Kaiser, könnte Großbritannien im Falle eines Krieges mit seinen zwei Kolonialrivalen Frankreich und Rußland, die nach England die nächststarken Marinen unterhalten, ein Interesse an einem Bündnis mit dem flottenstarken Deutschland haben. Doch diese Rech-

nung geht nicht auf. In London ist die Sicht der selben Problematik anders. Dort ist man überzeugt, daß Großbritanniens Existenz vom Schutz der Royal Navy abhängt. Folglich sei die britische Flottenüberlegenheit defensiv. Die deutsche Flottenrüstung sei dagegen offensiv. Marineminister Churchill fasst das zwei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg am 9. Februar 1912 in einer Rede in Glasgow so zusammen:

„Die Royal Navy bedeutet Existenz für uns, für Deutschland bedeutet die Marine Expansion.“²²

In England ist man davon überzeugt, daß die eigene Marine stets der Summe der zwei nächstgroßen Flotten um etwa 10 % an Zahl und Stärke überlegen sein muß, damit man notfalls auch alleine siegreich gegen zwei verbündete gegnerische Seemächte bestehen kann. Dies ist das gleiche Denken, aus dem heraus sich die Sowjetunion fünf Jahrzehnte später überzogen große Mengen von Landstreitkräften hält. In England glaubt man, daß die britische Vormacht auf den Meeren und die Wertschöpfung aus den Kolonien nur so auf Dauer sicher sind. Im Jahre 1899 wird deshalb in London die „Naval Defence Act“ über den „two power standard“²³ erlassen und der Vorsprung der britischen Flotte über die zwei nächstgroßen zum Gesetz erhoben. 1899 sind das noch die französische und die russische Marine. Doch ab 1900, dem Jahr des zweiten deutschen Flottenbaugesetzes, drängen gleich zwei neue Mitbewerber auf den Markt. Ab etwa 1903 wird für die Admiralität in London sichtbar, daß die bislang nur zweitklassigen Flotten der USA und Deutschlands für sie zu den neuen Zählfaktoren im two-power-standard werden. 1903 überholt die deutsche Kriegsmarine die französische und die russische und belegt damit nach den schon vorher aufgestiegenen USA Platz drei der Weltrangliste. Von nun an muß England für jedes zusätzliche Schiff in Nordamerika **und** Deutschland ein neues eigenes bauen. Die Zahlen der großen Schlachtschiffe in den USA und Deutschland wachsen von 1901 an fast konstant in gleichen Mengen bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs von je 17 auf etwa 45 in beiden Ländern.²⁴ Großbritannien rüstet dementsprechend von 43 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1914, um den two-power-standard einzuhalten. England versucht zwar, der Aufholjagd der Konkurrenten durch einen Qualitätssprung zu entkommen, doch auch das will nicht gelingen.

Ab 1904 wird auf Englands Werften ein neuer Typ von Großkampfschiff auf Kiel gelegt, die sogenannte Dreadnought-Klasse mit höherer Geschwindigkeit, stärkerer Panzerung und leistungsfähigerer Bordartillerie als auf bisherigen Schiffen. Doch der „Dreadnought-Sprung“ der Royal Navy bringt nicht den er-

²² Ewart, Band II, S. 685

²³ Zwei-Mächte-Maßstab

²⁴ MGFA, Marine, S. 224

warteten Vorsprung. Die USA ziehen noch im gleichen Jahre nach; Deutschland, Frankreich, Japan und Italien ein bis drei Jahre später.

Für Großbritannien wird dieses Flottenrüsten teuer, und London muß politisch einen Ausweg finden. Die Suche nach dem Weg geht viele Spuren. Die erste Spur, der England nachgeht, führt direkt nach Deutschland. Die britische Regierung versucht mehrmals zwischen 1898 und 1901, die deutsche auf dem Verhandlungswege vom Kriegsschiffbau abzubringen. Deutschland fordert als Gegenleistung ein britisch-deutsches Bündnis, das England nicht bereit ist einzugehen. Das fördert deutscherseits die Überzeugung, daß man mehr Schiffe haben müsse, um für ein solches Bündnis reif und interessant zu sein. 1907, auf einer Haager Abrüstungskonferenz, bemühen sich die Briten ein weiteres Mal vergeblich, dem deutschen Kriegsschiffbau vertraglich Fesseln anzulegen. 1908 und 1912 besuchen der englische König Edward VII. und zwei Kabinettsmitglieder den deutschen Kaiser und die Marineleitung, um sie davon zu überzeugen, daß der Schlachtschiffbau in Deutschland eingestellt oder zumindest gedrosselt werden müsse.²⁵

Die englische Erregung über die deutsche Flottenrüstung und die damit verbundene „Gefahr für Großbritanniens Sicherheit“ hat auch eine innenpolitische Bedeutung. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg kämpft England mit Not und Armut in der Unterschicht, und die hat wenig Verständnis für neue Kriege und die Steuerlast für immer neue Schlachtschiffe der Royal Navy. Erst die Angst vor der Bedrohung durch „des Kaisers neue Schiffe“ gibt den Steuern ihre Rechtfertigung, lenkt von den sozialen Schieflagen innerhalb der Gesellschaft ab und motiviert die britische Bevölkerung, auch notfalls gegen die deutsche Gefahr in einen Krieg zu ziehen. So wird die deutsche Flottenrüstung überzeichnet und dient der britischen Regierung und der Politik ganz allgemein als Ablenkung von ihren wirklichen Problemen. So schreibt der 1. Seelord der Royal Navy Admiral Fisher 1907 in einem vertraulichen Bericht an König Edward VII., daß die britische Flotte viermal so stark ist wie die deutsche, „aber wir wollen das nicht in die Welt hinausposaunen.“²⁶ Und Lord Balfour, zu der Zeit Führer der Konservativen Partei, erklärt am 29. März 1909 vor dem Unterhaus, Deutschland werde 1912 über 25 Linienschiffe verfügen, in Wirklichkeit waren es nur neun.

Der letzte englische Versuch in dieser Hinsicht ist die so genannte Haldane-Mission. Im Februar 1912 reist der britische Kriegsminister Haldane nach Berlin, um eine Obergrenze der deutschen Flottenstärke auszuhandeln und herauszufinden, auf welche Flottenstärke das aktuelle deutsche Flottenbauprogramm hin angelegt ist.²⁷ Die deutsche Flotte soll nach dem Willen der britischen Regie-

25 MGFA, Marine, S. 263 ff.

26 Docherty, S. 150, dort zitiert aus Fisher, John A., *Memoires and Records*, Volume 1, pages 30–34, George H. Doran Co., New York 1920

27 Docherty, S. 212

rung 50 % der englischen nicht überschreiten. Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg verlangt als Gegenleistung einen Neutralitätsvertrag mit England für den Fall des Krieges, aber nur den Fall, daß Deutschland nicht selbst angreift. Als Haldane nicht bereit und nicht befugt ist, der deutschen Seite diese defensive Forderung zu erfüllen, scheitert auch das englische Begehren.²⁸ Doch ein kleiner Erfolg bleibt allerdings für Haldane. Kaiser Wilhelm legt ihm die deutsche Marineplanung offen. Als das Gespräch noch ergebnisoffen scheint, die deutsche Seite noch auf den Neutralitätsvertrag hofft, und nachdem der britische Kriegsminister wahrheitswidrig versichert hat, sein Land habe keinerlei geheime Militärverträge und -Absprachen gegen Deutschland geschlossen und getroffen, fragt der Minister den Kaiser nach den deutschen Plänen für den Weiterbau der Flotte. Der Kaiser – ohne Argwohn – überreicht Haldane eine Abschrift des geplanten deutschen Flottenbauprogramms.²⁹

Hier darf auch nicht übersehen werden, dass sich Haldane selbst schon lange vorher der Ansicht des Außenamtsbeamten Crowe aus dessen schon erwähnter Denkschrift vom Januar 1907 angeschlossen hat, daß „ein Konflikt Großbritanniens mit dem Deutschen Reich langfristig nicht verhindert werden kann“. Kriegsminister Haldane hat bereits 1908 damit begonnen, das englische Heer von Kolonialkrieg auf Landkrieg umzustellen,³⁰ einen Heeresgeneralstab einzurichten, die Truppen zu vermehren und dabei die „British Expeditionary Force“ für den späteren Einsatz in Frankreich aufzustellen. England hat Frankreich außerdem 1911, kurz vor Haldanes Mission in Berlin, fest zugesagt, im Falle eines Krieges gegen Deutschland 6 Divisionen zur Unterstützung zuzusenden. So kann Haldane keine Neutralität für einen Krieg zusagen, den er längst mit vorbereitet. Auch wenn man das in Deutschland noch nicht ahnt, gibt die Ablehnung Haldanes zu einem Neutralitätsvertrag der Reichsregierung und dem Kaiser keinen Anlass, von der geplanten 60 %-Flotte abzusehen und den Schiffsbau einzustellen.

Das Ende dieser ersten Spur führt geradewegs zur zweiten. England sucht den Interessenausgleich mit den bisherigen Seemächten Nummer zwei und drei, mit Frankreich und mit Rußland. Es gibt – wie schon beschrieben – mit beiden Ländern einen Abgleich ihrer kolonialen Interessen und 1904 die Entente mit den Franzosen und 1907 den englisch-russischen Vertrag. So ist Deutschland ab 1907 von einer „Triple-Entente“ Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands eingekreist, die sich 1914 nach dem Mord von Sarajewo auf geschickte Weise Ball nach Ball zuspiziert. Damit ist der Warnschuß von Deutschlands Flottenpolitik nach hinten losgegangen.

28 Clark, S. 414

29 Docherty S. 212, dort zitiert aus: Haldane, Richard Burdon, Autography, Hodder & Stoughton, London 1924, S. 241

30 Grenfell, S. 14ff.